

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke
und der weiteren Abgeordneten der PDS**
– Drucksache 13/461 –

Aktivitäten rechtsextremer Vereinigungen im nördlichen Ostpreußen

In der vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Schrift „Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg): Bestandsaufnahme und Perspektiven. Deutsche Ansichten (II)“ von Dieter Bingen, weist der Autor auf das Engagement rechtsextremer Personen und Organisationen im nördlichen Ostpreußen hin. So z. B. auf die von dem Rechtsextremisten Dietmar Munier 1992 gegründete „Aktion Deutsches Königsberg“ und den am 2. April 1992 gegründeten „Rußlanddeutschen Kulturverein Trakehnen“.

Bingen weist in seiner Ausarbeitung darauf hin, daß es wegen Muniers Initiative in Trakehnen schon „zu einer Verschärfung von Gegensätzen zwischen Russen, Ukrainern und den dort lebenden Rußlanddeutschen“ gekommen sei. Gleichfalls streicht Dieter Bingen heraus, daß diese Initiativen Muniers auch in der Vertriebenenpresse, namentlich im „Ostpreußenblatt“, Unterstützung erfahren. Auch der „Bayernkurier“ zeigte sich hiervon angetan.

Mittlerweile wurde in Schleswig-Holstein eine Dachorganisation gegründet, die „Arbeitsgemeinschaft Nordostpreußen“ (AGNO), die die unterschiedlichen Aktivitäten abstimmen will. „Die AGNO umfaßt gegenwärtig sechs eingetragene Vereine, darunter den Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen“ (Nation und Europa 7–8/94).

Neben diesen Organisationen von Dietmar Munier erwähnt Dieter Bingen die Bemühungen des Rechtsextremisten Torsten Paproth, mit dem „Verein zur Förderung deutschsprachiger Medien in Osteuropa“ Einfluß unter den dort lebenden Deutschen zu gewinnen.

Auch der Rechtsextremist Manfred Roeder wirbt „in seinen Publikationen für ein Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk – Förderverein Nord-Ostpreußen („Preußenwerk“), das sich vor allem der Ansiedlung von Rußlanddeutschen im nördlichen Teil des ehemaligen Ostpreußens widmet“ (Backes/Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland, S. 160).

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die „Aktion Deutsches Königsberg“?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 24. Februar 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Über die Aktion und ihren Initiator, den Inhaber des rechtsextremistischen „Arndt-Verlages“, Munier, hat die Bundesregierung mit Bericht vom 15. April 1994 (IS 2 – 612 280/5) Seiten 5 f. den Innenausschuß des Deutschen Bundestages unterrichtet. Ferner wird auf die Ausführung in Ausgabe 6/93 Seite 10 des BMI-Informationsdienstes „Innere Sicherheit“ sowie auf Seite 150 des Verfassungsschutzberichtes 1993 hingewiesen. Munier unterstützt seit 1991 aktiv die Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Nordostpreußen, z. B. durch Nachweis von leerstehendem Wohnraum sowie Geld- und Sachspenden. Seine Firma „Lesen und Schenken – Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH“ hat dazu ein Spendenkonto eingerichtet.

2. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den von Dieter Bingen erwähnten „Rußlanddeutschen Kulturverein Trakehnen“?

Zur Frage der Verfassungsschutzrelevanz wird darauf hingewiesen, daß keine Erkenntnisse darüber vorliegen, nach denen sich diese Aktivitäten im Ausland gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten (§§ 3, 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes).

3. Welche weiteren Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Aktivitäten von Dietmar Munier im nördlichen Ostpreußen?
 - a) Wie werden diese Projekte nach Kenntnis der Bundesregierung finanziert?
 - b) Haben diese Projekte auch Mittel aus dem Bundeshaushalt (eventuell über den Bund der Vertriebenen) erhalten, wenn ja, wann und wieviel (bitte genau auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird Bezug genommen.

- a) Durch Spenden.
- b) Nein.

4. Welche Erfolge konnte Dietmar Munier bisher unter der in dieser Region lebenden deutschen Bevölkerung erzielen?
5. Welche Erfolge konnte Dietmar Munier in den Vertriebenenverbänden und deren Vorfeldorganisationen erzielen?

Darüber liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. „Vorfeldorganisationen“ von Vertriebenenverbänden sind der Bundesregierung nicht bekannt.

6. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die AGNO?
7. Um welche Vereine handelt es sich hier im einzelnen, und welche Aktivitäten haben sie im nördlichen Ostpreußen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt?

Über eine „AGNO“ genannte Vereinigung liegen keine Erkenntnisse vor.

8. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über den „Verein zur Förderung deutschsprachiger Medien in Osteuropa“ im allgemeinen und über sein Engagement im nördlichen Ostpreußen im besonderen?

Auf die Antwort zu Frage 30 in Drucksache 12/7319 vom 19. April 1994 wird hingewiesen.

9. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk“ von Manfred Roeder?

Die Vereinigung will sich für die Errichtung rein deutscher Dörfer einsetzen.

Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Auch über die Aktivitäten Roeders wurde dort jeweils berichtet.

10. Welche rechtsextremen Vereine, die im nördlichen Ostpreußen aktiv sind, sind der Bundesregierung bekannt?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen. Auch über die Aktivitäten weiterer rechtsextremer Gruppen und Personen aus Deutschland wurde dort jeweils berichtet.

11. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, daß es bereits zu Verschärfungen zwischen der russischen und ukrainischen Bevölkerung und den im Land ansiedelnden Rußlanddeutschen gekommen ist?

Über die behaupteten Spannungen liegen der Bundesregierung keine tatsächlichen Anhaltspunkte vor.

12. Was hat die Bundesregierung unternommen, um über dieses Engagement der Rechtsextremisten im nördlichen Ostpreußen sowohl zu informieren als auch dagegen vorzugehen?

Die Bundesregierung verweist hinsichtlich ihrer Aufklärungsarbeit auf die Antwort zu Frage 1. Sie steht bezüglich der Tätigkeit deutscher Rechtsextremisten im Gebiet Kaliningrad in ständigem Gespräch mit der russischen Regierung.

13. Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß die Landsmannschaft Ostpreußen über deren Organ „Ostpreußenblatt“ die Aktivitäten Dietmar Muniers in dieser Region fördert?

Auf die Antworten der Bundesregierung vom 27. Juni 1991, Drucksache 12/864, dort insbesondere die Antwort zu Frage 7, und vom 8. August 1994, Drucksache 12/8362, dort insbesondere die Antworten zu den Fragen 19 bis 21, wird hingewiesen.